

gung dieses Kampfes und die Forderung, dafür Opfer zu bringen, liege darin, „daß Freiheit notwendig ist, damit der Mensch ein seiner Bestimmung als sittliches Wesen entsprechendes Leben führen kann“. Daher stehe es nicht in unserem Belieben, auf den *erreichten Stand politischer Freiheit* zu verzichten.

Steckt aber nicht gerade in diesem für das Papier offenbar zentralen Argument ein Pferdefuß? Es muß ja in sich nicht falsch sein, und Freiheit ist in jeglicher Form ein sehr hohes Gut. Die Frage ist aber, ob es so, wie es dargestellt wird, gerade an gesinnungspazifistische Menschen vermittelbar ist. Denn Freiheit ist kein exklusives Gut, es konkurriert mit andere Gütern. So dann ist politische Freiheit nie die ganze Freiheit. Es bleibt ein Bestand an Freiheit auch dort, wo politische Freiheit eng eingegrenzt oder geknebelt ist. Schließlich: die Gegenüberstellung von absoluter Freiheit und absoluter Unfreiheit verfängt nicht, auch nicht in einem Vergleich zwischen demokratischen und totalitären Staaten. Von daher müßte erst aufgearbeitet werden, ob angesichts der atomaren Bedrohung Kriegsverhinderung nicht tatsächlich Vorrang erhält vor der Wahrung des erreichten Standes politischer

Freiheit. Die Verfasser werden vermutlich darauf antworten: Auf Kriegsverhinderung kommt es uns ja gerade an. Gerade durch das Gleichgewicht der Kräfte wird diese erreicht und damit zugleich die politische Freiheit geschützt. Aber ist das die einzig denkbare Strategie, und wird darin bewußt nicht doch für die Verteidigung politischer Freiheit jedes andere Risiko in Kauf genommen?

Eine gewisse Fragwürdigkeit steckt auch im Methodischen, soweit damit zugleich inhaltliche Festlegungen getroffen werden. Natürlich ist der Staat von der Gesellschaft zu unterscheidendes Handlungssubjekt, und natürlich unterliegt staatliches Handeln eigenen ethischen Kriterien, können nicht einfach Regeln des Verhaltens im individuellen Bereich auf politische Handlungszusammenhänge übertragen werden. Aber liest man die ersten Passagen der Erklärung über „Wesen“ und „sittlichen Sinn“ des Staates, so entsteht doch der Eindruck, als werde der Staat als eine Art Hegelsches Übersubjekt gedacht. Im übrigen fällt auf, daß die etwas nebulose Eingangsthese, repräsentativ für den Staat getroffene Entscheidungen seien nie persönlicher Natur, in der Erklärung selbst in keiner Weise durchgehalten

wird, so etwa – und das ist nur eines von vielen Beispielen – wenn gesagt wird, der angegriffene Staat befinde sich in einer „Notwehrsituation“. Dieses ja geläufige Argument ist wohl doch wenigstens vergleichsweise am Handlungsrahmen des Individuums orientiert. Vielleicht wäre hier mehr Klarheit herausgekommen, wenn sich die Verfasser stärker und ausdrücklich an der klassischen *Unterscheidung von Verantwortungs- und Gesinnungsethik* orientiert hätten. Gesinnungsethik ehrt den einzelnen, mit ihr ist aber nicht nur kein Staat zu machen, sondern auch keine Gemeinschaft zu führen. Überall, wo viele betroffen sind, gilt es Situationen einzuschätzen und konkurrierender Güter gegeneinander abzuwägen. Beim Staat als „umfassendster Herrschaftsorganisation“ verdichtet sich Verantwortung in besonderer Weise. In diesem Sinne sind staatlich Handelnde verantwortungsethischen Entscheidungen besonders verpflichtet. Hier und nicht in einer abstrakten Staatsidee liegt die besondere sittliche Qualität staatlichen Handelns. Hätte man dies klarer formuliert, wären vielleicht die Passagen über Sicherheit und Verteidigungspflicht überzeugender ausgefallen.

D. S.

## Entwicklungen

### Sowjetunion: Alte und neue Akzente beim XXVI. Parteitag der KPdSU

Von 23. Februar bis 3. März 1981 fand im Kongreßpalast des Kreml der XXVI. Parteitag der KPdSU statt. 4994 ordentliche Delegierte vertraten 17,48 Millionen Parteimitglieder (von ca. 266 Millionen Sowjetbürgern). Seit dem XXV. Parteitag ist die Zahl der Parteimitglieder um 1,8 Millionen gestiegen. Die ausländischen Kommunistischen Parteien waren durch 123 Delegationen aus 109 Ländern vertreten. Es war der vierte Parteitag, der seit dem Sturz Chruschtschows (Oktober 1964) unter der Leitung von *Leonid Breschnew* und der siebte, der seit dem Tode Stalins (6. März 1953) stattfand.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand der 4 1/2 stündige, 154 Schreibmaschinenseiten lange „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVI. Parteitag und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik“, erstattet von Generalsekretär *Leonid Breschnew*.

Obwohl es eigentlich die statutengemäße Aufgabe von Parteitag ist, die Generallinie der Partei festzulegen, wurden seit den zwanziger Jahren auf solchen Parteitag keine echten Grundsatzdiskussionen oder gar offene Kontroversen ausgetragen. Neuorientierungen erfolgen

schon seit langem nicht auf Parteitag. Die Rolle der Parteitagsdelegierten beschränkt sich auf die Bestätigung der im engsten Führungszirkel des Politbüros erarbeiteten Linie.

Parteitage besitzen allerdings eine große *Öffentlichkeitswirkung* infolge der monatelangen Vorbereitungs- sowie Auswertungskampagne. Es wird auf ihnen auch deutlicher und zusammenhängender Bilanz über Erfolge und Mißerfolge gezogen und die Generallinie für die nächsten fünf bis zehn Jahre proklamiert. Auf Parteitag, zu deren Aufgaben auch die Wahl des Politbüros und des Zentralkomitees gehört, ist es leichter als auf den zwei- bis dreimal jährlich stattfindenden Plenarsitzungen des Zentralkomitees, Rückschlüsse auf die weitere Politik zu ziehen und zu erkennen, ob bzw. in welchem Umfang es *Akzentverschiebungen* gibt. Zu beachten ist dabei, daß manchen Problemen, von denen wir annehmen, daß sie eine wichtige Rolle spielen, aus offizieller sowjetischer Perspektive mitunter nur eine sekundäre Bedeutung zugemessen wird, so zum Beispiel der Überalterung der Führung, den Mutmaßungen über Falken und Tauben im Politbüro, der Stärke von reformerischen Kräften in der KPdSU bzw. dem Gewicht von Dissidenten.

### Sicherheit als Werbeformel

Wollte man versuchen, aus den großen Reden und den personellen Entscheidungen ein Leitmotto dieses Parteitages zu fixieren, so könnte man sagen: Kontinuität und Beharrung, und daraus resultierend: relative Berechenbarkeit. Will man Aufschluß über die Schwerpunkte sowjetischer politischer Ziele erhalten, so kann man sich bei diesem XXVI. Parteitag auf das Grundsatzreferat von Breschnew beschränken. Kein anderer Delegierter oder Referent und auch kaum ein ausländischer Gastdelegierter setzte beachtenswerte eigene, sondern bestenfalls ergänzende Akzente. Stark beachtet wurde, daß diesmal die stärksten kommunistischen Parteien des Westens (die Kommunistische Partei Italiens und Frankreichs und Spaniens) nicht durch ihre Führer, sondern nur durch Delegationen der zweiten Garnitur vertreten waren. Noch auf dem XXV. Parteitag hatten die Ausführungen von *Enrico Berlinguer* so etwas wie Spannung in den Kongreß gebracht. Diesmal beschränkte sich die Aufregung auf die erst unter Druck der KPI verspätet veröffentlichte Rede des KPI-Delegationsführers Pajetta.

In seinem Rechenschaftsbericht beschäftigte sich Breschnew zunächst breit mit *internationalen und außenpolitischen Fragen*. Der weltrevolutionäre Elan der Führungsmacht des Weltkommunismus wird gegenwärtig – das war durchgängig feststellbar – stark gebremst durch wenig erfreuliche wirtschaftspolitische Realitäten und den Zwang zur Konsolidierung des Sowjetbereichs. Wohl auch deswegen war der außenpolitische Teil des Berichts diesmal *besonders moderat* angelegt. Es war das unausgesprochene, aber eindeutig spürbare Ziel der Moskauer Führung, die Beziehungen mit den USA insofern nicht zu verschärfen, um

auch mit US-Präsident Reagan „einen aktiven Dialog auf allen Ebenen“ aufnehmen und das kostenträchtige Wettüben, das auch für die Sowjetunion höchst problematisch zu werden beginnt und das Breschnew als „gefährlichen Wahnsinn“ bezeichnete, begrenzen bzw. verlangsamen zu können.

Das bedeutete natürlich keineswegs, daß sich Breschnew von den Zielen sowjetischer Expansionspolitik distanzieren wollte, aber es gab da einige neue Akzente. Noch 1976 – auf dem XXV. Parteitag – sprach Breschnew vom „weltrevolutionären Prozeß“ und vom „proletarischen Internationalismus“, jetzt nicht mehr. Statt Umwälzung postulierte er *Sicherheit* als das einzige systemübergreifende Interesse der Menschheit. Sicherheit war auch das Schlüsselwort dafür, daß die Sowjetunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Beziehungen zu den USA Vorrang geben will. 1976 erwähnte Breschnew Europa demonstrativ vor den USA, jetzt kehrte er die Reihenfolge um.

In bezug auf die *Außenpolitik* machte Breschnew deutlich, daß sich die Sowjetunion gegenwärtig stärker bemüht, ihre Stellung als Hegemonialmacht in ihrem eigenen Umfeld zu festigen. Das schließt nicht aus, daß sie im Wettkampf der Systeme (wovon nicht mehr gesprochen wurde) und im Sinne des weltrevolutionären Anspruchs, dort wo sie auf Machtvakuen stößt bzw. wo es beachtenswerte revolutionäre Befreiungsbewegungen gibt, die in ihrem Sinne arbeiten, dies für sich unter Vermeidung größerer Konflikte mit der anderen Weltmacht auszunutzen versucht.

Offenkundiger Schwerpunkt in der außenpolitischen Analyse und Aufgabenstellung war das *Werben gegenüber dem Westen* für neue Abrüstungsinitiativen. Breschnew stellt u. a. fest: „Die Hauptrichtung der außenpolitischen Tätigkeit von Partei und Staat war und bleibt der Kampf für die Minderung der Kriegsgefahr, die Zügelung des Wettübens. Diese Aufgabe ist gegenwärtig besonders wichtig und dringlich geworden. Denn in der Entwicklung der Militärtechnik vollziehen sich rasche tiefgreifende Veränderungen. Qualitativ neue Waffen werden entwickelt, in erster Linie Massenvernichtungswaffen, solche Waffenarten, die ihre Überwachung und folglich auch ihre abgestimmte Begrenzung außerordentlich schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen können. Eine neue Etappe des Wettübens untergräbt die internationale Stabilität und verstärkt die Kriegsgefahr beträchtlich“ (alle Zitate des Rechenschaftsberichts sind der DDR-offiziösen Übersetzung, abgedruckt im „Neuen Deutschland“ vom 24. Februar 1981, entnommen).

Im einzelnen schlug Breschnew u. a. vor:

- Zurückhaltung in der strategischen Rüstung.
- Moratorium für die Stationierung neuer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in den europäischen Nato-Ländern und der UdSSR.
- Anregung zu einem ständigen Vertrag über die Begrenzung bzw. die Reduzierung der Kernwaffen in Europa.
- Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa (auch Vorankündigung von Manövern der See- und Luftstreitkräfte sowie aller größeren Truppenbe-

wegungen, Ausdehnung der vertrauensfördernden Maßnahmen auf den gesamten europäischen Teil der UdSSR).

- Vereinbarung über die Lösung der Sicherheitsprobleme im Persischen Golf gegebenenfalls unter Einbeziehung der Afghanistan-Frage.

Im Unterschied zu früheren Parteitag gab es keine akzentuierte Auseinandersetzung mit der KP Chinas. Nur in der großen Übersicht über die einzelnen Weltregionen wurde *China* erwähnt, aber ohne die sonst übliche Schärfe. Und zwar betonte Breschnew, daß von „irgendwelchen Wandlungen zum Guten“ in der Außenpolitik Pekings „leider nicht die Rede sein“ könne, weil diese nach wie vor auf die Verschärfung der internationalen Lage gerichtet sei und sich mit der Politik des Imperialismus vereine. Breschnew bekundete jedoch die Bereitschaft der Sowjetunion zur Normalisierung der Beziehungen und zu guter Nachbarschaft. Für diese Haltung scheint maßgeblich zu sein, daß sich die Sowjetunion angesichts der gegenwärtigen innenpolitischen Entwicklung in China abwartend verhalten möchte: Dies wurde in den folgenden Sätzen deutlich: „In der Innenpolitik Chinas vollziehen sich jetzt Veränderungen. Ihren wahren Sinn wird die Zeit noch zeigen. Sie wird zeigen, inwieweit es der derzeitigen chinesischen Führung gelingt, das maoistische Erbe zu überwinden... Die gegenwärtigen Führer Chinas selbst bezeichnen die Zustände in ihrem Land während der sog. Kulturrevolution als ‚äußerst grausame feudal-faschistische Diktatur‘. Wir haben dieser Einschätzung nichts hinzuzufügen.“

In bezug auf die *Ereignisse in Polen* war Breschnew auf dem Parteitag außerordentlich zurückhaltend. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß Polen und Afghanistan weiterhin zum unmittelbaren sowjetischen Sicherheitsfeld gezählt werden und die Sowjetunion sich diesbezüglich wie eine Hegemonialmacht verhält.

Zu Polen: „Die polnischen Kommunisten, die polnische Arbeiterklasse, die Werktätigen dieses Landes können sich fest auf ihre Freunde und Verbündeten verlassen; wir werden das sozialistische Polen, das brüderliche Polen nicht im Stich lassen... Die Geschichte des Weltsozialismus kennt Prüfungen jeglicher Art. Es gab in ihrem Verlauf komplizierte wie auch krisenhafte Momente... Niemand sollte an unserer Entschlossenheit zweifeln, unsere Interessen zu sichern und die sozialistischen Errungenschaften der Völker zu verteidigen!“

Zu *Afghanistan*: „Was das sowjetische Truppenkontingent betrifft, so sind wir bereit, es in Übereinstimmung mit der afghanischen Regierung abzuziehen. Doch dazu muß mit der Entsendung konterrevolutionärer Banden nach Afghanistan vollständig Schluß gemacht werden. Das muß durch Vereinbarung zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn besiegelt werden. Es sind zuverlässige Garantien notwendig, daß es keine neue Intervention geben wird. Das ist die prinzipielle Position der Sowjetunion, an der wir unbeirrt festhalten!“

Natürlich gab es in der Breschnewrede auch ein Bekennt-

nis zur „internationalen Solidarität“, so wie sie die kommunistische Weltmacht versteht: „Niemand, Genossen, darf Zweifel daran haben: Die KPdSU wird auch weiterhin konsequent den Kurs auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den national befreiten Ländern, auf die Festigung des Bündnisses des Weltsozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung verfolgen.“

Breschnew beendete den außenpolitischen Teil seiner Rede mit dem Satz: „Nicht die Vorbereitung auf den Krieg, die die Völker zu einer sinnlosen Vergeudung ihrer nationalen und geistigen Reichtümer verdammt, sondern Festigung des Friedens ist das Leitmotiv, das in den morgigen Tag führt.“

## Nüchterne Bilanz in Sachen Wirtschaft

Der wirtschaftspolitische Teil des Rechenschaftsberichts zeichnete sich nicht durch Schönfärberei – wie auf anderen Parteikongressen – aus. Die Erfolgsbilanz war mager. Ziemlich offen wurden die vielfältigen schwierigen Probleme angesprochen, so u. a.:

- Besorgnisse im *Energie- und Brennstoffsektor*. Die Struktur der Brennstoff- und Energiebilanz soll verbessert werden und der Anteil des Erdöls für Brennstoffzwecke gesenkt werden. Erdöl soll durch Erdgas und Kohle ersetzt und die Kerntechnik soll beschleunigt entwickelt werden. Außerdem sollen neue Energiequellen erschlossen werden. Die Ausnutzung der gewaltigen, noch unerschlossenen Vorräte an Erdöl und Erdgas in Westsibirien soll vorbereitet werden. Das erfordert nicht nur riesige Investitionen dort selbst, sondern auch für den Energietransport.
- Bessere Nutzung der *Rohstoffe*, Vermeidung von Verlusten und zuviel Abfall in der Produktion. Eines der Schlüsselworte, das in allen möglichen Zusammenhängen gebraucht wurde, hieß Erhöhung der Effektivität. Freimütig wurde eingestanden, daß im Vergleich zu internationalen Standards in der Sowjetunion pro Einheit des Nationaleinkommens viel zu viel Rohstoff und Energie verbraucht wird.
- „Das Straßennetz, der Verkehr und das Post- und Fernmeldewesen halten den steigenden Bedürfnissen der Wirtschaft nicht mehr stand.“ Eine bessere Koordination aller Transportarten wurde gefordert. Da Energiewirtschaft und Rohstoffreserven sich nach Osten verlagern, müssen die Straßen und Rohrleitungen in Sibirien und im Fernen Osten beschleunigt ausgebaut werden. Durch eine bessere Standortverteilung der Werke sollen andererseits Transportkosten gesenkt werden.

Auch auf diesem Parteitag war die *Landwirtschaft* ein besonderes Sorgenkind. Insbesondere die Futterknappheit wurde als bedrückend gekennzeichnet, weil dadurch empfindliche Versorgungslücken bei Fleisch- und Milchprodukten entstehen. In der Kette von geforderten Maßnahmen zur Beseitigung dieses Übels ist beachtens-

wert, daß man der privaten Initiative mehr Raum geben will. Breschnew führte dazu aus: „Das Zentralkomitee der KPdSU erachtet es für notwendig, einen Beschluß über zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung der individuellen Nebenwirtschaften zu fassen. Darin ist die Schaffung von Bedingungen... vorgesehen, die das Interesse der Bürger an Nebenwirtschaften, und vor allem an der Haltung von Vieh und Geflügel erhöhen soll. Man muß die Kolchosbauern und die Beschäftigten der Sowchosen mit Jungvieh und Futter unterstützen. Das betrifft sowohl jene, die Vieh als persönliches Eigentum halten, als auch jene, die bereit sind, den Kolchosen und Sowchosen gehörendes Vieh zu füttern. Solche Erfahrungen gibt es in einigen Republiken und Gebieten, und sie sollten verbreitet werden.“

Dies ist unzweifelhaft ein neues Element, immerhin wird dadurch nach bisheriger orthodox-kommunistischer Meinung so etwas wie eine kleinbürgerliche Basis, ja ein Element des „Kapitalismus“ gefördert. Auf dem Parteitag wurde verlangt, der *Verbesserung der Qualität von Konsumgütern* und der *Entwicklung der Dienstleistungsbereiche* „erstrangige Bedeutung“ einzuräumen. „Unbedingt muß in Betracht gezogen werden, die Leichtindustrie modern auszurüsten, sie besser mit Rohstoffen und Material zu versorgen, Planung und Leitung des Zweiges zu vervollkommen.“ Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten der Leichtindustrie sollen erheblich verbessert und qualifizierte Kader für sie ausgebildet werden. Die neuen Zuwachsraten für diese Bereiche sind jedoch bescheiden, und von einer wirklichen Neuorientierung kann man nicht sprechen.

Offenbar hat aber die Führung der KPdSU erkannt, daß auf Dauer der Widerspruch zwischen den Leistungen in der Raumfahrt, in der Rüstungsindustrie und in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft und Technik und den erheblichen Mängeln der Infrastruktur und bei der Versorgung der Bevölkerung systemgefährdend wirkt. Der Widerspruch zwischen militärischer Supermacht und einem Staat mit verödeter Landwirtschaft und Leichtindustrie ist auf Dauer unhaltbar. Trotz aller Bemühungen wird die Gratwanderung sowjetischer Wirtschaftsplaner zwischen Kriegswirtschaft und Gulaschkommunismus weiterhin recht schwierig sein. Wo jegliche Reformansätze fehlen, könnte der versprochene Konsumaufschwung letztlich nur aus reduzierten Rüstungsausgaben halbwegs gesichert werden.

Die Kremelführung scheint jedoch zu ahnen, daß die Konservierung der Macht und Stagnation von Wirtschaft und Wissenschaft zu *Gärungsprozessen* führen können. Die Sowjetunion müßte vor allem aus diesen wirtschaftspolitischen Aspekten heraus ein vitales Interesse an einer Rüstungsbegrenzung haben. Sie sieht es aus ihrer Interessenlage allerdings so, daß jetzt schon ein annäherndes Gleichgewicht besteht und die westlichen Rüstungsanstrengungen keine Nachrüstung sind, sondern darauf hinauslaufen, das für sie vorteilhafte bestehende „Gleichgewicht“ aufzuheben. Trotz der vielfältigen Mängel der

sowjetischen Wirtschaft, vor allem im Verkehr, in der Landwirtschaft und in der Leichtindustrie besteht aber keinerlei Wahrscheinlichkeit, daß sich die Sowjetunion ihrer militärisch strategischen Vorteile begeben könnte. Unter gewaltigen Opfern der Bevölkerung wird sie aus einem Einkreisungskomplex heraus jederzeit weiter bemüht sein, im Wettrennen in ihrem Sinne Schritt zu halten.

## Die Partei soll den Kontakt zu den Massen suchen

Im *sozialpolitischen Bereich* wurde die Absicht bekundet, „der Familie, jungen Eheleuten und vor allem der Frau mehr Sorge angedeihen zu lassen“. Es ist vorgesehen, einen teilweise bezahlten Urlaub für die Pflege von Kindern bis zu einem Jahr einzuführen, für Mütter mit minderjährigen Kindern verkürzte Arbeitstage zu ermöglichen, Kinderbeihilfen (besonders beim zweiten und dritten Kind) zu erhöhen und den *Wohnungsbau* zu verstärken sowie das genossenschaftliche Bauwesen zu erweitern. Im übrigen sollen Altrenten etwas erhöht werden. Gleichzeitig hieß es aber auch: „Unsere Veteranen müssen stärker in den Arbeitsprozeß einbezogen werden, besonders im Dienstleistungsbereich, natürlich nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten unter Berücksichtigung des Bedarfs der Volkswirtschaft. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine sehr wichtige Aufgabe.“

Wenn man diese Darlegungen von Breschnew liest und mit dem westlichen oder auch mit dem DDR-Lebensstandard vergleicht, wird einem die Misere des großen und eigentlich doch recht reichen Landes bewußt. 63 Jahre nach der Oktoberrevolution sind die sozialen Errungenschaften noch mehr als dürftig.

Im Hauptabschnitt über die Parteiarbeit wird in recht moderatem Ton der *Zustand der Partei* dargestellt und werden Anregungen für die Parteiarbeit gegeben. Eine wiederholt vorgetragene Ermahnung war, die „Kontakte zu den Massen“ sorgfältiger zu pflegen. Auch dieser Abschnitt zeichnete sich durch Nüchternheit aus. Es gab aber auch da keine hochtrabenden Phrasen. Die Partei wurde von Breschnew nicht heroisiert. Beachtenswert ist auch, daß besonders inhaltliche Schwerpunkte in der ideologischen Arbeit nicht genannt wurden. Offenbar zögert die Moskauer Führung auch, mit der Wiederaufpolierung eines handfesten Feindbildes zu beginnen. Interessant ist auch, daß der Begriff weltanschauliche Propaganda nicht benutzt wurde, auch von Auseinandersetzung mit „religiösem Aberglauben“ war nicht die Rede, obwohl der Druck auf religiöse Gruppen unvermindert weitergeht. Noch auf dem XXV. Parteitag hieß es, „im Kampf der zwei Weltanschauungen darf es keinen Raum für Neutralismus und Kompromisse geben“. Es bedürfe „hoher politischer Wachsamkeit, aktiver, operativer und überzeugender propagandistischer Arbeit und einer rechtzeitigen Abwehr aller feindlichen ideologischen Störversuche“.

Auch in *kulturpolitischen Fragen* gab es wenig Polemik.

Während früher der Generalsekretär auf Parteitag die KPdSU als leuchtendes Vorbild hinzustellen pflegte, räumte Breschnew nun auch parteieigene Fehler ein. Er begrub die alte Parole „von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“.

Moskau will offenbar nicht mehr das allein seligmachende Vorbild darstellen, sondern auch offen zugeben, von anderen kommunistischen Staaten zu lernen, so zum Beispiel von Ungarn in Fragen der Landwirtschaftsorganisation bzw. von der DDR in Fragen der Energieeinsparung. Deutlicher als früher wurden auch unter Berufung auf Lenin verschiedene Methoden und Wege beim Aufbau des Sozialismus gutgeheißen. Breschnew betonte, niemand zwingt jemandem Schablonen und Klischees auf, die die Besonderheiten des jeweiligen Landes außer acht ließen. Sogar zur Kritik an Moskau wurde ermuntert, natürlich nur sofern sie „kameradschaftlich, konstruktiv“ bleibe. Auf dem XXVI. Parteitag wurden Chruschtschows einstige Visionen endgültig ohne Kommentar begraben. Das unter Chruschtschow 1961 verabschiedete Parteiprogramm, das für die achtziger Jahre den vollen Triumph des Kommunismus in der Sowjetunion anvisierte, ist Makulatur. In Breschnews Bericht wird der Begriff des Kommunismus als Zielerfüllung der Sowjetgesellschaft nur als ganz allgemeines Fernziel ohne jegliche inhaltliche oder terminliche Erläuterung genannt.

## Das Ende der Breschnew-Ära noch nicht in Sicht

Ungeachtet solcher durchaus beachtenswerter Nuancen brachte der XXVI. Parteitag keine Überraschungen. Auffallend waren betontere Sachlichkeit, weniger Polemik, stärkerer Realismus, aber keine nennenswerten Reformvorschläge. Der 74jährige Leonid Breschnew war trotz seines Alters und seiner angegriffenen Gesundheit die dominierende Gestalt. Angesichts seiner in geheimer Wahl erfolgten einstimmigen Wiederwahl zum Generalsekretär und der Bestätigung aller anderen 14 Mitglieder und 8 Kandidaten des Politbüros sowie der 10 Sekretäre des Zentralkomitees ist *politisch* ein Ende seiner Ära noch nicht absehbar. Die offenkundige *Überalterung des Führungsgremiums* (Durchschnittsalter der Politbüro-Mitglieder 69, der Politbüro-Kandidaten 65) wurde weiter hingenommen. Eine Verjüngung bzw. die Einleitung einer

Nachfolgeregelung ist für die KPdSU jedenfalls nach außen auch jetzt noch kein Thema. Die Vergrößerung des Zentralkomitees von bisher 287 Vollmitgliedern und 139 Kandidaten auf jetzt 319 Vollmitglieder und 151 Kandidaten dürfte keine besondere Bedeutung haben. Aufgefallen ist nur, daß die wichtigsten Berater von Breschnew, unter anderem auch Professor *Arbatow*, ins ZK aufrückten.

Die *Erweiterung des Zentralkomitees*, die auch Breschnews Sohn, den ersten stellvertretenden Minister für Außenhandel, *Juri Leonidowitsch Breschnew*, als Kandidaten in dieses Gremium brachte, hat aber ebenfalls kaum zur Verjüngung der Führung geführt. Im bisherigen Zentralkomitee waren nur 20 Mitglieder zwischen 45 und 50 Jahren, 82 zwischen 50 und 60, 56 zwischen 70 und 80 und drei waren über 80 Jahre alt. Jüngstes ZK-Mitglied war die Kosmonautin *Valentina Tereschkowa* mit 44 Jahren. Da Politbüro-Mitglieder und ZK-Sekretäre in der Regel nur aus dem Zentralkomitee aufsteigen, sind die Verjüngungschancen der Parteiführung auch weiterhin begrenzt. Talentsuche für die höchsten Parteiorgane gibt es kaum. Zuverlässigkeit, Linientreue, Abneigung gegen unorthodoxe Gedanken werden mehr geschätzt als Einfallsreichtum. Parteikarriere bis an die Spitze ist im gegebenen System nur über eine Ochsentour möglich.

Die *unveränderte Bestätigung der Führung* der KPdSU soll für die nächste Zeit Kontinuität, Stabilität, Berechenbarkeit und relative Ausgewogenheit sowjetischer Politik gewährleisten. Breschnew und die gesamte sowjetische Führung wünschen offenbar, daß sich grundlegend möglichst nichts ändern möge, weil jeder Wandel gegenwärtig mit Risiken verbunden ist, vor denen man sich scheut. Gerade deswegen vermied der XXVI. Parteitag Höhenflüge und große Versprechungen. In seinem Schlußwort versicherte Breschnew: „Wir haben vor, alle unsere Kräfte auf zwei Zusammenhänge der Richtungen zu konzentrieren: die eine ist der kommunistische Aufbau, die andere die Festigung des Friedens.“

Es ist möglich, daß die KPdSU im Sinne des Vorschlags der Kommunistischen Parteien Israels und der Türkei sich in absehbarer Zeit für das Zustandekommen einer *neuen kommunistischen Weltkonferenz* engagiert. Die letzte Weltkonferenz kommunistischer Parteien fand 1969 statt. Die KPdSU dürfte aber im eigenen Interesse erst einmal gründlich prüfen, ob eine neue Konferenz, die ja die Einheit des Weltkommunismus darstellen müßte, möglich und zweckmäßig ist.

Herbert Prauß

## Spanien: Die Bischöfe drückt die politische Last

Die jüngsten Ereignisse in Spanien haben gezeigt, daß die junge Demokratie trotz einer zunächst gegückten Phase des Übergangs auf schwachen Füßen steht. Die putschenden Militärs scheiterten an der – von ihnen offenbar unterschätzten – demokratischen Gesinnung des Königs und der von entscheidenden Männern aus den eigenen Reihen.

Ob der fehlgeschlagene Umsturzversuch einen heilsamen, stabilisierenden Effekt auf die spanische Politik ausübt oder die politischen Kräfte noch weiter auseinandertreibt, hängt letztlich nicht von der Verfassungstreue der Armee und dem taktischen Geschick der Regierung, sondern von der eigentlichen staatstragenden Kraft des demokrati-